



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Kaemmel, Otto: Kritische Studien zu Fürst Bismarcks Gedanken und  
Erinnerungen : 3. Schleswig-Holstein

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Kritische Studien zu Fürst Bismarcks Gedanken und Erinnerungen

Von Otto Kaemmel

### 3. Schleswig-Holstein



Das 19. Kapitel der Gedanken und Erinnerungen giebt noch viel weniger eine zusammenhängende Erzählung als andre Teile; es muß sogar einerseits ergänzt werden durch Stücke des 17. Kapitels, andererseits enthält es manches, was mit Schleswig-Holstein in gar keinem Zusammenhang steht und hier von der Betrachtung ganz ausgehoben werden muß. Es wäre hier also ein unnützer Versuch, auf die Nachweisung von Lücken ein besonderes Gewicht zu legen; der Fürst hat vielmehr neben einer übersichtlichen Erörterung seiner schleswig-holsteinischen Politik nur einzelne ihn besonders interessierende Partien aus dem ganzen Verlaufe der Begebenheiten herausgegriffen und setzt überall die Kenntnis von Sybels Darstellung voraus, auf die er sich gelegentlich auch unmittelbar bezieht. Demnach kann es sich hier nur um eine Prüfung der einzelnen Angaben handeln, namentlich darum, ob sie etwa in der Erinnerung des Verfassers gefärbt oder verschoben sind.

Von den vier Abschnitten des Kapitels hängen die beiden ersten, die Besprechung seines Gegensatzes zu dem Gesandten in Paris, dem Grafen Robert von der Goltz, und die Übersicht über seine schleswig-holsteinische Politik, eng zusammen. Zur Beurteilung des ersten Stückes gehören natürlich auch die hier nicht mitgeteilten Briefe des Botschafters. Dieser stimmte mit seinem Chef sehr wenig überein. Er verwarf schon dessen viel angefochtne Februarconvention mit Rußland, weil er von ihr eine Isolierung Preußens befürchtete, und stellte sich in der schleswig-holsteinischen Sache so ziemlich auf den entgegengesetzten Standpunkt. Bekanntlich hatten der plötzliche Tod Friedrichs VII. von Dänemark am 13. November 1863 und die Unterzeichnung der dänisch-schleswigischen Gesamtstaatsverfassung durch seinen Nachfolger Christian IX., nachdem der Bundestag schon am 1. Oktober die Exekution gegen Holstein beschlossen hatte, alle Beteiligten vor eine ganz neue Lage gestellt. Doch wurde sie sehr verschieden aufgefaßt. Während sich die öffentliche Meinung in Holstein

und in den deutschen Mittelstaaten für das unter allen Umständen zweifelhafteste Erbrecht Friedrichs (VIII.) von Augustenburg begeisterte, weil sie darin das einzige sichere Mittel erkennen zu dürfen meinte, die unerträglich gewordene Verbindung der Herzogtümer mit Dänemark zu lösen, hielten sich Preußen und Österreich an das von allen Großmächten anerkannte Londoner Protokoll, das dieses Erbrecht ausschloß, gebunden, solange nicht alle Mittel erschöpft waren, die vertragswidrige Haltung Dänemarks zu ändern. Demgemäß verständigten sie sich am 24. November über die Beschleunigung der beschlossenen Exekution, und der preußische Ministerrat beschloß am 26. die Mobilisierung von etwa 60000 Mann; der Bundestag aber, von der rein formellen Mehrheit der Mittel- und Kleinstaaten beherrscht, suspendierte am 28. November im Widerspruch mit den beiden Großmächten die holsteinische Stimme, verweigerte also Christian IX. die Anerkennung als Herzog von Holstein. Darauf wurde am 7. Dezember die Durchführung der Exekution beschlossen und am 24. mit dem Einmarsch der sächsisch-hannoverschen Truppen begonnen, beides mit Zustimmung der Großmächte. Aber die wachsende Agitation der Mittelstaaten und der öffentlichen Meinung in Deutschland führte die Großmächte enger zusammen; sie wollten und konnten sich von den Kleinstaaten in einer europäischen Frage nicht majorisieren lassen und verständigten sich Ende Dezember über den Antrag, Schleswig von Bundes wegen zu besetzen, als Pfand für die Erfüllung ihrer Forderung, die Novemberverfassung aufzuheben.

In dieser Lage hatte von der Goltz schon am 1. Dezember vor jeder Koalition mit Österreich oder Frankreich gewarnt, weil dabei für Preußen nichts zu gewinnen sei; am 22. Dezember richtete er ein ausführliches Schreiben an den Minister,<sup>1)</sup> wobei er von der Voraussetzung ausging, daß dieser den Krieg für die Befreiung Schleswig-Holsteins gar nicht wolle, sondern nur die Personalunion gemäß dem Londoner Protokoll. Die Gelegenheit sei jetzt da gewesen, das Gagerische Programm [Einigung des außerösterreichischen Deutschlands unter Preußen] ohne Reichsverfassung zu verwirklichen [also damit jeder auswärtigen Einmischung in die schleswig-holsteinische Sache die Spitze zu bieten]. Aber nicht einmal das Bündnis mit Österreich und dem Deutschen Bunde genüge dem Minister, den doch unvermeidlichen Krieg gegen Dänemark zu führen, trotz der 70 Millionen Menschen, die es vereinigen werde. Wozu solle dann die ganze preußische Armeeorganisation dienen, wenn man für eine solche echt preußische und deutsche Sache den Krieg scheue? Vom Auslande sei gar nichts zu fürchten, und die „Revolution“ stärke Bismarck, wenn er ihr die Führung einer so gerechten Sache überlasse. Was heiße denn überhaupt „revolutionär“? Von Bismarcks Standpunkt aus wären jetzt sämtliche mittel-

<sup>1)</sup> Bismarck-Jahrbuch V, 230. 231 ff. Vom zweiten Briefe fehlt leider der Eingang, doch kann das nicht viel sein.

staatliche Minister und Könige, sowie der ganze holsteinische Adel „verkappte Revolutionäre.“ „Revolutionär“ sei wirklich das Londoner Protokoll, „das schmachlichste der Manteuffelschen Vermächtnisse,“ und es sei nichts „unsittlicher,“ als einer konservativen Bevölkerung einen unrechtmäßigen Landesherren aufzuzwingen, Christian IX. aber sei „völlig unberechtigt.“ Bismarck dürfe nicht Exekutor eines solchen Vertrags sein, damit setze er seine Zukunft, die der Dynastie, die Großmachtstellung Preußens, die Existenz der konservativen Partei aufs Spiel. Denn ein deutsches Land von Deutschland ohne Schwertstreich trennen zu lassen, „das wäre der Bruch mit Preußens Beruf.“

Da Goltz diesen Standpunkt auch in seinen amtlichen Berichten und sogar unmittelbar beim König vertrat, also der Politik seines Chefs entgegenwirkte, wie man in eingeweihten Kreisen in Berlin sehr wohl wußte,<sup>1)</sup> so antwortete ihm Bismarck sofort schon am 24. Dezember.<sup>2)</sup> Nachdem er ihn in den auch hier nicht vollständig erhaltenen Eingangssätzen darauf hingewiesen hat, daß seine Berichte weit über das Maß, das ein Gesandter einhalten müsse, hinausgingen, und der König nicht „zwei auswärtige Minister“ haben könne, sondern nur einen, und der sei er, stellt er kurz die Frage: Ist Preußen eine [europäische] Großmacht oder nur ein deutscher Bundesstaat, soll es also „monarchisch“ oder „durch Professoren, Kreisrichter und kleinstädtische Schwäger“ regiert werden? Die Jagd nach Popularität in Deutschland hat uns unsre Stellung in Deutschland und Europa gekostet; wir werden sie nur wiedergewinnen, wenn wir zuerst Großmacht, dann Bundesstaat sind. So hat Österreich immer gehandelt; die Schmerlingsche Politik, die Goltz als Ideal vorzeichnet, hat Fiasko gemacht [mit dem Frankfurter Fürstentage 1863], die Bismarcksche Politik, die er tadelt, hat schon große Erfolge aufzuweisen: die [österreichisch-mittelstaatliche] Bregenzner Koalition [1850] ist gesprengt, Österreich ist einig mit Preußen, Frankreich sucht Preußen, in London und Petersburg gilt es wieder etwas. Mit einer „populären“ Politik würde sich Preußen alles verderben und doch in den Elementen, auf die es sich dann stützen müßte (auf „Pfordten, Koburg und Augustenburg, auf alle Schwäger und Schwindler der Bewegungspartei“), gegen die vier andern Großmächte keine Stütze finden; die einzig mögliche Politik ist und bleibt also „waffenmäßige Großmachtspolitik.“ Das Gagernsche Programm würde, wenn die „Würzburger“ [die Mittelstaaten] im Kampfe um Schleswig-Holstein Preußen ehrlich Beistand leisteten und dieser siegreich ausgegangen wäre, einen Großherzog mehr in Deutschland, also für Preußen einen Gegner mehr am Bundestage ergeben haben, oder es war nur

<sup>1)</sup> M. Dunder bei Bernhardi (Aus dem Leben Theodor von Bernhardis) V, 224 Mitte Dezember: „Bernstorff in London und Graf Robert Goltz in Paris sind wütend über die Politik, die er [Bismarck] befolgt, schreiben in diesem Sinne und zeigen die Gefahren dieser Wege. Robert Goltz schreibt dem König direkt, wie die Dinge in Paris wirklich stehn.“

<sup>2)</sup> Abgedruckt schon im Bismarck-Jahrbuch V, 231 ff.

durchzuführen mit Hilfe einer populären Bewegung für die Reichsverfassung, die den Kleinstaaten höchst unwillkommen wäre und ihre Treue gegen Preußen, auf die dieses doch dann rechnen mußte, erschüttern würde. Das Siebzigmillionenreich aber würde Österreich zwingen, eine Politik zu unterstützen, die Preußen zur Hegemonie führen soll. Auch er traue Österreich nicht, aber er finde es für jetzt richtig, Österreich bei uns zu haben. Denn die Kriegsgefahr bestehe in der That, von Frankreich wie von Rußland her, und darum sei auch die Armeeorganisation unbedingt nötig. Kriegsscheu sei auch er nicht, im Gegenteil, der Krieg liege auch in seinem Programm; nur sei der Weg, auf dem Goltz dazu gelangen wolle, „staatsmännisch unrichtig“; deshalb verwerfe er ihn, nicht etwa weil er „revolutionär“ sei. Wenn Goltz den Londoner Vertrag „revolutionär“ nenne, so seien es die Wiener Traktate „zehnmal mehr,“ aber das europäische Recht werde eben durch europäische Traktate geschaffen. Als Minister würde Goltz einsehen, daß seine Politik undurchführbar sei, Kritik sei freilich leicht. Aber sein Verfahren müsse Goltz ändern, sonst könne er sich nicht mehr offen gegen ihn aussprechen, was doch dem Botschafter in Paris gegenüber „bis zum letzten Worte“ nötig sei.

Bismarck rechtfertigte also hier seine Politik vom Standpunkte der Großmachtstellung Preußens und der europäischen Lage aus, gab auch zu, daß er den Krieg um Schleswig-Holstein wolle, sagte aber nichts über sein letztes Ziel, überzeugte daher auch Goltz, wie er selbst vorausgesehen hatte, keineswegs. Vielmehr lehnte dieser in einem Schreiben von Ende Dezember<sup>1)</sup> Bismarcks Auffassung von der Stellung des Gesandten zum Minister des Auswärtigen rundweg ab, da dann der Gesandte nicht mehr offen reden dürfe, der König also nicht en pleine connaissance entscheiden könne, und dies auf eine Diktatur des Ministers hinauslaufen würde. Dann verwahrte er sich gegen mehrere „Irrtümer“ Bismarcks und erläuterte seine eigne Anschauung dahin, daß Bismarck jetzt von der „Demokratie“ geschoben werde, das entscheidende Interesse für Preußen die Trennung der Herzogtümer von Dänemark und ein neuer Herzog für Preußen nicht gefährlich sei. Der Krieg sei nötig und werde von Napoleon nicht gestört werden, wenn er in deutsch-nationalem Sinne geführt werde, vielleicht aber, wenn dies nicht betont würde und Preußen mit Österreich gehe. Den Vergleich mit dem Londoner Protokoll und den Wiener Verträgen wollte er nicht gelten lassen.

Wenn Bismarck das letzte und höchste Ziel seiner damaligen Politik, die Erwerbung Schleswig-Holsteins für Preußen, dem Botschafter nicht bezeichnete, weil er ihm eben nicht völlig traute, so hat er das doch nach der Erzählung, die den zweiten Abschnitt des Kapitels eröffnet, in einem Ministerrat unter dem Voritze des Königs gethan, dem auch der Kronprinz beiwohnte. In den

<sup>1)</sup> Abgedruckt im Bismarck-Jahrbuch V, 238 ff.

entscheidenden Wochen zwischen dem Tode Friedrichs VII. und dem Ausbruche des Kriegs, vom 16. November 1863 bis zum 29. Januar 1864 haben nicht weniger als neunzehn Sitzungen des Ministerrats (Konseil) stattgefunden, davon aber nur vier unter dem Vorsitze des Königs, drei im Beisein des Kronprinzen.<sup>1)</sup> Welche hier gemeint sei, läßt sich aus den unbestimmten Zeitangaben Bismarcks („sofort nach dem Tode Friedrichs VII.," S. 8, „Dezember 1863," S. 11, „gleich nach dem Tode des Königs von Dänemark," bei Busch I, 187, II, 483) nicht erkennen; da aber die Gegenwart des Kronprinzen feststeht, und dieser zuerst einer Sitzung derart am 2. und 3. Januar 1864 beiwohnte, so ist jedenfalls eben diese gemeint, die, weil sich der König angegriffen fühlte, am Sonnabend abgebrochen, und erst am Sonntag zu Ende geführt wurde.<sup>2)</sup> Über den Inhalt, besonders über seine Rede für die Annexion Schleswig-Holsteins, die den König daran erinnerte, daß alle seine Vorfahren den Staat vergrößert hätten, hat Bismarck schon am 11. September 1870 in Reims, ausführlicher am 20. Oktober 1877 in Barzin einem kleinen Kreise übereinstimmend mit der Darstellung in den Gedanken und Erinnerungen berichtet.<sup>3)</sup> Der König unterbrach ihn mit den Worten, davon wolle er nichts wissen, solche Äußerungen dürften nicht wiederholt werden. Zu einem Beschlusse derart ist es also natürlich damals nicht gekommen. Weiter weiß Geffcken an Bernhardi zu berichten (am 8. Januar): Bismarck sei mit seinen Anträgen auf große Aktion, Einrücken in Holstein, Gewaltmaßregeln gegen den Herzog vollständig durchgefallen, obwohl alle Minister mit ihm stimmten; „der Kronprinz soll recht gut gesprochen haben. Bismarck erreichte es nur, daß der König seinen Vorsatz, vom Londoner Protokoll zurückzutreten, wieder verschob; es wurde in Summa beschleunigtes Vorgehen auf dem bisherigen Wege beschloffen,"<sup>4)</sup> also praktisch: im Einvernehmen mit Österreich die Aufhebung der Novemberverfassung in Kopenhagen binnen 48 Stunden zu fordern, sonst den Krieg zu beginnen, der Antrag, den der österreichische Ministerrat am 10. Januar annahm, und der, nachdem der Bundestag den Antrag der beiden Großmächte vom 28. Dezember abgelehnt hatte, zu deren Bündnis vom 16. Januar und damit zum Kriege führte.<sup>5)</sup>

Im Anschluß an den Bericht über diese entscheidende Sitzung entwickelt

<sup>1)</sup> Kofl, Bismarck-Regesten I, 211 f. 213 f. 216 f. 218. 221.

<sup>2)</sup> Geffcken bei Bernhardi V, 318; vgl. 285. S. Kofl, Wegweiser 90.

<sup>3)</sup> Busch I, 187, II, 483.

<sup>4)</sup> Bernhardi V, 318. Auch Janssen-Samwer, Schleswig-Holsteins Befreiung 193 f. geben davon einen Bericht, der wahrscheinlich auf den Kronprinzen zurückgeht. Vergl. Henrici, Lebenserinnerungen eines Schleswig-Holsteiners 93 f.

<sup>5)</sup> Sybel IV, 199 ff. Den Ministerrat erwähnt er nicht, ein Beweis mehr dafür, daß ihm auch für diese Zeit keineswegs alle Akten zur Verfügung gestanden haben. Vergl. Bucher bei Busch III, 53.

Bismarck die Grundzüge seiner schleswig-holsteinischen Politik. War das höchste Ziel, die Erwerbung der Herzogtümer für Preußen, nicht zu erreichen, so wollte er wohl die Thronbesteigung des Augustenburgers zugeben, aber unter der Voraussetzung, daß das preussisch-deutsche Interesse durch eine Militär- und Marinekonvention, wie sie später die Februarbedingungen (1865) vorsahen, gesichert werde; war auch dies ohne Isolierung Preußens nicht durchzusetzen, dann wollte er mindestens die Personalunion auf Grund des Londoner Protokolls. „Ich habe, sagt er zusammenfassend, von Anfang an die Annexion unverrückt im Auge behalten, ohne die andern Abstufungen aus dem Gesichte zu verlieren“; denn es war ein Kernsatz seiner ganzen Politik, sich immer das Höchste als Ziel zu stecken, aber sich, wenn es nicht zu erreichen war, mit Geringerm zu begnügen, falls es nur in der Richtung dieses Zieles lag. Absolut vermeiden aber wollte er einen Krieg Preußens für die Einsetzung des Augustenburgers im Bunde mit den deutschen Staaten außer Österreich und mit der populären Strömung, die „ein kindliches Vertrauen“ zu dem Beistande Englands hatte. Viel leichter wäre die Hilfe Frankreichs zu haben gewesen, freilich nur um einen bestimmten Preis. „Ich hätte den Minister als Schwindler und Landesverräter betrachtet, der in die falsche Politik von 1848, 1849, 1850 zurückgefallen wäre, die uns ein neues Ölmüz bereiten mußte.“ Nur im Bunde mit Österreich vermied man die Wahrscheinlichkeit einer Koalition. Aber der deutsche Liberalismus übte einen starken Druck auf die deutschen Fürsten aus; sie wollten ihm gegenüber auf der einen Seite ihre Stellung im Sinne fürstlicher Sonderpolitik befestigen, auf der andern neigten sie zu Konzessionen an die Einheitsidee. Deutsch gesinnt waren sie alle, aber über die Gestaltung der deutschen Zukunft dachten sie wie die Parteien verschieden. Auch König Wilhelm hatte sich während der neuen Ära durch seine Gemahlin und ihre Ratgeber „von der Bethmann-Hollweg'schen Streberfraktion“ in eine liberale Richtung hineinziehen lassen, und wenn er auch auf diesem Wege nicht das für die Einheit Notwendige gethan, diese also nicht erreicht hätte, so war doch bei ihm ein gewisses „Popularitätsbedürfnis“ zurückgeblieben, ohne das er schwerlich für die nachmalige kühne Politik gegen Dänemark und Österreich gewonnen worden wäre. Aber aus den liberalen Verbindungen war er 1864 schwer loszumachen; er blieb dabei: „Ich habe kein Recht auf Holstein.“ Bismarcks Beweisgründe machten wenig Eindruck auf ihn, denn die Königin, der Kronprinz und seine Gemahlin, manche Dynastien wirkten ihnen entgegen; auch die öffentliche Meinung war in den gebildeten Mittelständen Deutschlands ohne Zweifel augustenburgisch in derselben „Urteilslosigkeit“, mit der sie sich später für die battenbergische Bulgarei begeisterte; die Macht der Presse war „betäubend erfolgreich, und die öffentliche Dummheit für ihre Wirkung so empfänglich wie immer.“ Und dieses herbe Urteil über das, was er doch in spätern Jahren als „Imponderabilien der

Volksseele“ so hoch zu schätzen versicherte, krönt er mit den Worten: „Mein Respekt vor der sogenannten öffentlichen Meinung, das heißt vor dem Lärm der Redner und der Zeitungen, war niemals groß gewesen, wurde aber in Betreff der auswärtigen Politik in den beiden oben verglichenen Fällen noch erheblich herabgedrückt.“

Diese Angaben werden aus zeitgenössischen Quellen reichlich bestätigt. Zwar der Annexionsgedanke, dem er schon zu Anfang des Jahres 1864 so unverhohlenen Ausdruck gab, ist selbst von seinen Zuhörern damals kaum für ernst genommen und daher auch nicht weiter beobachtet worden. Nur Roon, der dem Ministerrate am 2. und 3. Januar natürlich beigewohnt hatte, scheint ihn mit Nachdruck und Zustimmung erfaßt zu haben, denn er schreibt schon am 17. Januar an seinen treuen Berthes in Bonn, dessen Standpunkt der entgegengesetzte war, nicht um des Augustenburger's willen und nicht um „den herausgeschlagenen Dänen dann gnädigst wieder einzusetzen,“ ginge Preußen nach Schleswig, und er nimmt Bismarck gegen den Vorwurf, er sei „unklar, unsicher, schwankend in seinem Willen,“ mit den bezeichnenden Worten in Schutz, damit thue ihm Berthes „bitter Unrecht.“<sup>1)</sup> Erst später, zuerst in einem Briefe an Berthes vom 30. April fällt das Wort „Annexion,“ und in einem andern vom 24. Mai an Moritz von Blandenburg spricht er offen über die „Annexion und ihre Möglichkeit.“<sup>2)</sup> Auch andre, fernerstehende glaubten damals schon an solche Pläne, wie Berthes, Bernhardi, Graf Bernstorff in London, Geffken,<sup>3)</sup> ohne sie zu billigen, während M. von Blandenburg, Bismarck's alter Jugendfreund, der Annexion grundsätzlich zustimmte und sich den Augustenburger nur gefallen lassen wollte, „wenn wir preußische Bataillone in Rendsburg und Kiel behalten.“<sup>4)</sup>

Die Abneigung Bismarck's, mit der „sogenannten öffentlichen Meinung“ und den Mittelstaaten zu gehn, hat er nach M. Dunder<sup>5)</sup> einmal mit dem drastischen Satze motiviert, „die Hauptsache sei gewesen, die Demokratie und die Mittelstaaten bei dieser Gelegenheit vor den Kopf zu schlagen.“ Diese Meinung teilte Roon in vollem Maße,<sup>6)</sup> und sie hatte ihre Begründung nicht nur in dem Streben, die preußische Politik von Wegen, die nach Bismarck's Meinung nicht zum Ziele führen konnten, fernzuhalten, sondern auch in der berechtigten Befürchtung, es möge dann der liberale Einfluß auch am preußischen Hofe das Übergewicht gewinnen und damit dem Streben nach einer parlamentarischen Regierung zum Siege verhelfen, also die Krone dem Abgeordneten-

<sup>1)</sup> Denkwürdigkeiten II<sup>4</sup>, 243.

<sup>2)</sup> Denkwürdigkeiten II<sup>4</sup>, 241. 243.

<sup>3)</sup> a. a. D. 239. Bernhardi VI, 84. 85. 101.

<sup>4)</sup> Roon's Denkwürdigkeiten II<sup>4</sup>, 248.

<sup>5)</sup> bei Bernhardi VI, 108 (15. Mai).

<sup>6)</sup> Denkwürdigkeiten II<sup>4</sup>, 179 (17. Februar).

haufe unterwerfen und damit das lebendige historische Königtum zerstören. Gegen diese Gefahren meinte er sich nur durch ein enges Einvernehmen mit Österreich schützen zu können, in dessen Interesse die Zurückdrängung der liberalen und mittelstaatlichen Politik noch viel mehr lag als in dem Preußens. In Österreich sah er also auch keineswegs einen unbedingten Gegner seiner Pläne; er meinte vielmehr sich über den engen Anschluß der Herzogtümer an Preußen verständigen zu können, und er hütete sich daher sorgfältig, in der schleswig-holsteinischen Sache, sobald sie von beiden Mächten gemeinschaftlich in Angriff genommen worden war, irgend einen Schritt ohne die Zustimmung Österreichs zu thun. Eben deshalb stellte er zunächst nur die Personalunion der Herzogtümer mit Dänemark als Ziel auf, weil Österreich anfangs nicht weitergehn wollte; deshalb ließ er die Grenze Jütlands, trotz Wrangels beleidigender Depesche, nicht eher überschreiten, als bis sich Österreich am 5. März damit einverstanden erklärt hatte, und bezeichnete als das wichtigste militärische Ziel die Eroberung von Düppel und Alsen,<sup>1)</sup> nicht, wie Moltke wünschte, die Besetzung der Insel Fünen. Die entschiedensten Gegner seiner Politik, die Mittelstaaten (mit Ausnahme von Hannover und Kurhessen) und die öffentliche Meinung auch in Preußen betrachtete er, solange er mit Österreich im Bündnis stand, als ganz ungefährlich, und in der That blieben die ehrgeizigen Pläne des Münchner Hofes, der diese Gelegenheit benutzen wollte, um Bayern im Sinne der Triaspolitik an die Spitze des „reinen Deutschlands“ zu bringen, um so mehr Hirngespinnste, als die zarte Gesundheit des Königs Max unter der Wucht der Enttäuschungen einer verfehlten Politik jäh zusammenbrach und sein unerwarteter Tod am 10. März 1864 die Aktion Bayerns völlig lähmte.<sup>2)</sup> Der Angelpunkt der Situation war für Bismarck vielmehr die Opposition in den Kreisen des Berliner Hofes. Über diese sind wir jetzt aus gleichzeitigen Quellen ziemlich genau unterrichtet. Zornig schrieb Roon am 7. Februar an Perthes: „Wir verderben an den Rabalen von Weiberröcken“; und Bismarck klagte Roon am 22. September über „die systematische Einwirkung Ihrer M[ajestät] und der dienstbaren Geister“;<sup>3)</sup> auch wurde es sehr bemerkt, daß Brandis, der Sekretär der Königin, die Versammlungen der Fortschrittspartei besuchte.<sup>4)</sup> Vor allem die Anschauungen des Kronprinzenpaares waren ebenso wohl in der Auffassung der Gesamtpolitik wie der schleswig-holsteinischen Frage den Bestrebungen Bismarcks schnurstracks entgegengesetzt. Die Kronprinzessin

<sup>1)</sup> Sybel III, 264 ff. Gedanken und Erinnerungen II, 343. Bismarck an Roon 15. Februar und 5. März 1864. Denkwürdigkeiten II<sup>4</sup>, 205 f. 210. Über den Konflikt mit Wrangel Gedanken und Erinnerungen I, 343 A. und Roon II<sup>4</sup>, 207.

<sup>2)</sup> Bernhardi V, 238 ff. 241 (vom 21. Dezember, nach Berichten aus München), vgl. VI, 52; Sybel III, 191.

<sup>3)</sup> Denkwürdigkeiten II<sup>4</sup>, 138. 285.

<sup>4)</sup> Bernhardi VI, 182.

hielt nach ihren englischen Begriffen ein parlamentarisches Parteiregiment auch in Preußen für erstrebenswert, und der Kronprinz ließ sich, statt, wie ihm sein Berater Max Duncker dringend empfahl, dem Ministerrat regelmäßig beizuwohnen und dort seine Ansichten zur Geltung zu bringen, von England und Gotha her in der Richtung beeinflussen, daß er glaubte, eine Revolution stehe bevor, und er müsse sich von der thätigen Teilnahme an der Politik fernhalten, um dann, wenn die Revolution zum Siege, also die Fortschrittspartei zur Herrschaft gelange, an die Spitze treten zu können und den Thron zu retten, worüber Samwer, der „Minister“ Friedrichs von Augustenburg, im Winter 1863 sogar eine Denkschrift einreichte.<sup>1)</sup> Die schleswig-holsteinische Sache beurteilte die Kronprinzessin nicht nach dem Staatsinteresse, sondern lediglich nach ihrem weiblichen Gefühl, sie nahm daher fast leidenschaftlich Partei für den Augustenburger, „Fritz Holstein,“ wie sie ihn nannte.<sup>2)</sup> Der Kronprinz, der mit diesem befreundet war und seit 1863 mit Bismarck persönlich sehr schlecht stand, bekämpfte den „Hintergedanken einer preußischen Vergrößerungspolitik“ aufs entschiedenste, weil er die ganze deutsche Politik Preußens „völlig verfälschen“ und ihr gegenüber Europa wahrscheinlich eine Niederlage bereiten würde.<sup>3)</sup> Ein Versuch, den M. Duncker nach einer eingehenden Unterredung mit Bismarck (19. Mai) machen sollte, den Thronfolger umzustimmen, verlief sicher ergebnislos,<sup>4)</sup> ja von verschiedenen Seiten arbeitete man an Duncders Sturze.<sup>5)</sup>

Das alles wirkte nun beständig auf den König ein. Fast verzweifelt schrieb Bismarck am 21. Januar 1864 an Roon: „Ich habe das Vorgefühl, daß die Partie der Krone gegen die Revolution verloren ist, weil das Herz des Königs in andern Lager und sein Vertrauen mehr seinen Gegnern als seinen Dienern zugewandt ist. Ich werde nicht viel sagen [im Abgeordnetenhaus] . . . nachdem so gut wie klar ist, daß Se. Majestät doch auf die Gefahr hin, mit Europa zu brechen und ein schlimmeres Ulnüz zu erleben, sich schließlich der Demokratie und den Würzburgern fügen will, um den Augustenburger einzusetzen und einen neuen Mittelstaat zu schaffen. . . . Ohne Gottes Wunder ist das Spiel verloren.“ Kaum anders, wenn auch nicht so hoffnungslos, faßte Roon die damalige Lage auf, wenn er am 30. Januar an Bismarck schrieb:<sup>6)</sup> „Der arme Herr ist in einer beklagenswerten Agitation,

<sup>1)</sup> Bernharbi VI, 103 ff.

<sup>2)</sup> Bernharbi V, 247. 251. 282. VI, 155 f. 163.

<sup>3)</sup> So in einem Briefe aus Flensburg vom 17. April 1864, vgl. Busch III, 265 A.

<sup>4)</sup> Poschinger, Bismarck und die Parlamentarier II, 90<sup>2</sup>.

<sup>5)</sup> Bernharbi VI, 106.

<sup>6)</sup> Roon II<sup>4</sup>, 173 f. 193. In der Sitzung vom 21. Januar kam die für den dänischen Krieg geforderte Anleihe zur Verhandlung. Die Reden Bismarcks an diesem und am folgenden Tage bei H. Kofl, Reden des Fürsten Bismarck II, 252 ff. 265 ff.

die ihn zum Bruche mit Ihnen, mit uns führen könnte und damit zur Selbstvernichtung seines Regiments überhaupt.“ Weniger trübe sah E. von Manteuffel, der Generaladjutant des Königs, die Lage an; „die Differenz zwischen König und Ministerium, so tröstete er am 29. Januar Roon, besteht nur in einem Wie und nicht in einem Was, und ich glaube, daß man noch ein der königlichen Auffassung entsprechendes Wie finden kann.“<sup>1)</sup> Die „Differenz“ lag darin, daß der König sich vom Londoner Protokoll eher losagen wollte, als es Bismarck mit Rücksicht auf Oesterreich und die übrigen Großmächte für ratsam hielt, und daß er damals noch jeden Gedanken an Annexion ablehnte, denn er habe kein Recht auf Holstein.<sup>2)</sup>

Nach den glänzenden kriegerischen Erfolgen in Schleswig wagte sich der Annexionsgedanke mehr und mehr heraus und gewann rasch Boden. Zum erstenmale in einem amtlichen Aktenstücke stellte Bismarck die Annexion als eine Möglichkeit, nicht als eine Forderung Preußens auf, als er am 21. Mai an Werther in Wien eine Depesche über die Forderungen richtete, die beide Großmächte in der Londoner Konferenz erheben könnten, nachdem Dänemark die Personalunion abgelehnt hatte. Die Einsetzung des Augustenburgers wiesen damals (28. Mai) die fremden Großmächte einmütig ab.<sup>3)</sup> In dieser Situation wagte es Roon am 29. Mai in einem Briefe an Bismarck die Stimmung der siegreichen Armee mit voller Wucht in die Waagschale zu werfen, indem er schrieb: „Die Armee würde es als eine tiefe Kränkung empfinden, wenn . . . ein fauler Friede zu stande käme. Volle Genüge würde nur die Einverleibung der Herzogtümer gewähren. Aber man . . . erwartet . . . nicht das Höchste, sondern nur Angemessenes und Preußen Würdiges.“<sup>4)</sup> Nachdem der Waffenstillstand abgelaufen und Alsen am 29. Juni durch eine glänzende Waffenthat erobert worden war, erhoben Roon, M. Duncker u. a. die bestimmte Forderung, die Herzogtümer müßten an die beiden Großmächte in Gemeinschaft abgetreten werden, und diese Forderung, die von dem ausschließlichen Besitzrecht Christians IX. ausging, also ein Erbrecht des Augustenburgers ablehnte, erfüllte der Wiener Präliminarfriede vom 1. August 1864.<sup>5)</sup>

<sup>1)</sup> Roon II<sup>4</sup>, 192.

<sup>2)</sup> Bernhardi V, 270. 284. 343. 354 (vom 30. Dezember 1863 bis 24. Januar 1864).

<sup>3)</sup> Sybel III, 321 ff.

<sup>4)</sup> Denkwürdigkeiten II<sup>4</sup>, 246.

<sup>5)</sup> a. a. D. 254 (15. Juli). 257 (16. Juli). Bernhardi VI, 129. Sybel III, 372.

(Schluß folgt)

